



Nr. 31

15. September 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb Ideenfabrik „Geh, hör!“

[Verwaltungen und Infrastruktur auch digital krisenfest aufstellen](#)

Strategie für Pflege und Betreuung

[Europäische Fachkräfteoffensive gefordert](#)

wir. für euch.

[dbb Podcast gestartet: Menschen, die Staat machen](#)

dbb jugend

[„Unsere Zukunft steht auf einem wackeligen Fundament“](#)

dbb jugend

[Junge Menschen brauchen mehr Rechte auf Mitbestimmung](#)

dbb frauen

[Parität in der Politik stärkt Demokratie](#)

dbb senioren

[Mobilität und Teilhabe bundesweit sicherstellen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bundesländer

[Entlastungspaket: Weitere Länder planen Übernahme in der Versorgung](#)

Brandenburg

[Kritik an geplanter Anpassung der Besoldung und Versorgung](#)

Baden-Württemberg

[Kritik am „Hamburger Modell“, Lob für Stellenaufbau](#)

Niedersachsen

[Klimabewusste Mobilität in der Landesverwaltung gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Ideenfabrik „Geh, hör!“

Verwaltungen und Infrastruktur auch digital krisenfest aufstellen

Verwaltungen und Infrastruktur müssen auch digital krisenfest aufgestellt werden, fordert dbb Chef Silberbach: „IT-Resilienz ist Voraussetzung für verlässliches Staatshandeln.“

Gerade in Krisenzeiten sei es erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die Leistungsfähigkeit ihres Staates vertrauen können – „und dazu zählt im 21. Jahrhundert selbstredend auch die digitale Verlässlichkeit. IT-Resilienz ist Voraussetzung für verlässliches Staatshandeln“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld des neuen dbb Formats „Geh, hör!“ am 14. September 2022 in Berlin. In der als Ideenfabrik angelegten Veranstaltung, die wahlweise analog, hybrid oder digital stattfindet, werden aktuelle Themen des öffentlichen Dienstes aufgegriffen und in verschiedenen Themensessions von Beschäftigten und Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft diskutiert. In der ersten Ausgabe standen unter der Überschrift „#digital“ Cybersicherheit, Fachkräftegewinnung und Katastrophenschutz auf der Agenda.

„Pandemie, Klimawandel, die Auswirkungen des furchtbaren Angriffskrieges in der Ukraine, die Energiekrise und nicht zuletzt die Inflationsentwicklung sind Faktoren, die jede und jeden einzelnen von uns betreffen und auch verunsichern. Gerade in solchen Krisenzeiten ist es wichtig, dass sich der Staat auf allen Ebenen handlungsfähig und krisenfest präsentiert“, erläuterte Silberbach. Dies sei jedoch aktuell

nicht der Fall, stellte er mit Blick auf die aktuelle dbb Bürgerbefragung fest: „Rund zwei Drittel der Bundesbürger stufen derzeit staatliche Akteure und Institutionen nicht als handlungsfähig ein. Das ist mehr als alarmierend. Wenn die Menschen dem Staat keine praktikablen, ökonomisch verantwortungsvollen und sozial gerechten Lösungsstrategien mehr vertrauen, ist das ein tiefgehender Vertrauensverlust, der das demokratische Fundament unseres Gemeinwesens erschüttern kann, wenn wir nicht gegensteuern“, warnte der dbb Chef. „Insbesondere das seit Jahrzehnten andauernde Digitalisierungsdebakel in Verwaltungen und Behörden sowie die augenscheinliche Unfähigkeit, staatliche Institutionen und systemrelevante Infrastrukturen nachhaltig gegen digitale Attacken zu schützen, tragen zu einer großen Verunsicherung bei. Auch die Staatsbediensteten selbst fühlen sich in Sachen Digitalisierung und IT-Sicherheit alleine gelassen, es gibt hier viel zu wenige personelle und technische Ressourcen“, zeigte Silberbach auf und forderte entsprechende Investitionen, um Verwaltungen und öffentliche Infrastruktur „auch digital krisenfest aufzustellen“.

Mehr Informationen zu „Geh, hör!“ gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Strategie für Pflege und Betreuung Europäische Fachkräfteoffensive gefordert

Die EU-Kommission hat eine Strategie für Pflege und Betreuung vorgestellt. Dem dbb gehen die Pläne aber nicht weit genug. „Mit dieser Initiative zur Verbesserung der Situation in der Langzeitpflege und der Kinderbetreuung lenkt Brüssel die Aufmerksamkeit zu Recht auf zwei Bereiche, in denen in den Mitgliedstaaten dringender Handlungsbedarf besteht“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. September 2022. In Deutschland gebe es zwar bereits Fortschritte wie den Steuerzuschuss für die soziale Pflegeversicherung. „Nichtsdestotrotz fehlen nach wie vor nachhaltige Konzepte, die großen Probleme der Pflegeversicherung, allen voran die Alterung der Gesellschaft und den Fachkräftemangel, anzugehen.“ Die Initiative der Kommission benenne zwar wichtige Probleme, gehe aber in ihren Schlussfolgerungen nicht weit genug. „Der dbb fordert seit Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz – analog zur Kinderbetreuung.“

Der Rechtsanspruch allein reiche jedoch nicht aus. Der dbb Chef: „Der Rechtsanspruch muss, das gilt für die Pflege ebenso wie für die Kinderbetreuung, von einer europäischen

Fachkräfteoffensive begleitet werden. Wir haben in Europa schlicht nicht mehr genug junge Leute, die sich für diese wichtigen sozialen Berufe interessieren.“ Gezielte Einwanderung

könne einen Beitrag zur Lösung des Mangels darstellen, sei aber nicht die alleinige Lösung. „Der Pflegeberuf muss wie der des Erziehers und der Erzieherin attraktiver werden. Das bedeutet zuallererst bessere Arbeitsbedingungen und eine Bezahlung, die der Systemrelevanz dieser Aufgaben und ihren hohen Anforderungen gerecht wird.“

Silberbach zeigt sich offen für digitale Assistenzsysteme zur Entlastung des Pflegepersonals. Die Daten seien aber sensibel, müssten vor Fremdzugriff geschützt sein. Mit Blick auf den vielerorts bestehenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum begrüße der dbb die Förderung neuer Wohnformen. Hier biete die deutsche Pflegeversicherung bereits Möglichkeiten wie beispielsweise die Förderung des pflege-

gerechten Umbaus der Wohnung und ambulanter Pflege-WGs sowie die Kostenübernahme von technischen Hilfsmitteln. „Auch Europa kann unterstützend eine Rolle spielen. In grenznahen Regionen wären länderübergreifende Regelungen wünschenswert“, sagte der dbb Bundesvorsitzende.

Um die Kostenseite zu entlasten, ruft Silberbach die EU-Kommission auf, den Leitsatz „Reha vor Pflege“ zu unterstützen: „Rechtzeitige Reha-Maßnahmen können zu einer effektiven Senkung der Pflegekosten beitragen. Was die deutsche Sozialversicherung angeht, sollten die geriatrischen Reha-Kosten nicht mehr von der Kranken-, sondern von der Pflegeversicherung getragen werden.“

wir. für euch.

dbb Podcast gestartet: Menschen, die Staat machen

Als Teil der laufenden dbb Kampagne „wir. für euch.“ startet der dbb am 13. September 2022 mit „DienstTag“ einen eigenen Podcast.

Unter dem Motto „Menschen, die Staat machen“ werden dort einmal im Monat Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst vorgestellt, die aus ihrem Alltag erzählen, von ihren Hoffnungen, Herausforderungen und Erfolgen berichten. Dabei geht es in erster Linie darum, Vorurteile über den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten aus dem Weg zu räumen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten tolle Arbeit. Dass sie dafür mit Vorurteilen und Spott überzogen werden, darf und kann nicht sein. Bei DienstTag zeigen wir, mit wie viel Herzblut die Menschen im öffentlichen Dienst ihren Beruf ausüben und was sie im Alltag wirklich erleben. Das muss endlich auch in der Gesell-

schaft ankommen“, erklärte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach zur Veröffentlichung der ersten Folge am 13. September 2022.

Zum Auftakt ist die Aachener Gesamtschullehrerin Jenny Katzmann zu Gast und berichtet von ihrem Schulalltag, von der „Schicksalsentscheidung“ zwischen Sendung mit der Maus und Studium, von überraschenden Erfolgsmomenten, von Pandemie und Digitalisierung und dem Perspektivwechsel, wenn die Lehrerin selbst Mutter wird.

„DienstTag“ kann auf allen gängigen Streamingplattformen oder über die Kampagnen-Sonderseite auf [dbb.de](https://www.dbb.de) gehört werden.

dbb jugend

„Unsere Zukunft steht auf einem wackeligen Fundament“

Wie dramatisch die Folgen der rigiden Sparpolitik und des demografischen Wandels für den öffentlichen Sektor sind, hat die dbb jugend mit einem riesigen Stapel-Spiel demonstriert.

„Der öffentliche Dienst steht kurz vor dem Fachkräftekollaps: Und was passiert, wenn man dem öffentlichen Dienst sein wichtigstes Fundament – die Beschäftigten – entzieht? Alles bricht in sich zusammen“, erklärte der dbb jugend Vorsitzende Matthäus Fandrejewski bei der traditionellen AusbildungsSTARTaktion am

8. September 2022 am Brandenburger Tor in Berlin.

Dort hatte die dbb jugend einen gigantischen Turm aus Pappklötzen, angelehnt an das Stapel-Spiel „Jenga“, aufgebaut – als Symbol für den öffentlichen Dienst. „Jeder Stein symbolisiert einen wichtigen Baustein der öffentlichen

Verwaltung und deren Aufgabe für die Daseinsvorsorge in unserem Land. Werden zu viele dieser Bausteine entfernt, gerät das stabile Gefüge ins Wanken“, machte Fandrejewski deutlich. Als der Stein mit der Aufschrift „Fachkräftemangel“ entnommen wurde, stürzte der Turm aus Pappklötzen in sich zusammen.

„Unsere Zukunft steht auf einem wackeligen Fundament. Aber noch hat die Politik die Chance, den Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes, des Rückgrats unseres Landes, zu verhindern. Denen, die ganz am Anfang ihres Berufslebens stehen, müssen echte Perspektiven geboten werden“, mahnte Fandrejewski. Auch der Ausbildung im öffentlichen Dienst käme dabei eine besondere Bedeutung zu. „Seit Jahren fordern wir eine Erhöhung der Ausbildungszahlen, um den immensen Abgängen in den Ruhestand entgegen zu wirken. Dafür müssen aber auch endlich starke Anreize gesetzt werden, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu begeistern“, forderte der dbb jugend Chef.

dbb jugend

Junge Menschen brauchen mehr Rechte auf Mitbestimmung

Um die Demokratie zu stärken, müssen die Interessen von jungen Menschen in Deutschland mehr Beachtung finden, fordert die dbb jugend.

„Das Leben in einer Demokratie ist nicht selbstverständlich, das zeigt ein Blick in die Welt immer wieder. Umso wichtiger ist es, unsere demokratischen Werte zu pflegen und gerade jungen Menschen mehr Möglichkeiten für echte Mitbestimmung zu geben. Denn obwohl sie es sind, die am längsten mit heute getroffenen politischen Entscheidungen leben müssen, werden ihre Belange immer noch zu wenig berücksichtigt“, erklärte der Vorsitzende der dbb jugend Matthäus Fandrejewski am 15. September 2022, dem Internationalen Tag der Demokratie.

Dass die Bundesregierung die Senkung des Wahlalters in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben habe, sei ein wichtiges Signal. „Wir warten gespannt auf die Umsetzung. Im Moment haben etwa 13 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht die Möglichkeit, bei Bundestagswahlen für ihre Interessen abzustimmen. Besonders vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft besteht damit die

Damit der öffentliche Dienst im Wettstreit um die besten Nachwuchskräfte konkurrenzfähig bleibe, müssten sich vor allem die Beschäftigungsbedingungen bessern, betonte die stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Heisig. „Neben einer krisenfesten Auszubildendenvergütung und einer Übernahme-garantie nach erfolgreicher Ausbildung muss auch die Ausbildung selbst modernisiert werden“, stellte Heisig heraus. Das umfasse sowohl die digitale Ausstattung der Ausbildungsstätten als auch Ausbildungsinhalte. „Hier wünschen wir uns eine sachkundige Unterstützung derjenigen, die für die Auszubildenden zuständig sind, etwa mit Seminaren und geregelten Freistellungsmöglichkeiten. Darüber hinaus brauchen wir eine stärkere Einbindung der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Denn wer weiß besser, was Azubis brauchen, als sie selbst!“, so Heisig.

Gefahr, dass den Belangen junger Menschen weniger Gewicht beigemessen wird. Sie sollten aber mitbestimmen können, wenn es um ihre Zukunft geht. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre würde darüber hinaus zu einer höheren Identifikation mit der Demokratie führen“, erklärte Fandrejewski.

Es gebe aber noch viele weitere Baustellen. „Beispielsweise ist Etablierung, Ausweitung und Stärkung von Jugendparlamenten, Schüler*innen- und Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie die Ausweitung von politischen Partizipationsmöglichkeiten wichtig, um junger Menschen eine hörbare Stimme zu geben. Große Hoffnung setzen wir dabei auch auf den neuen Nationalen Aktionsplan (NAP) für Kinder- und Jugendbeteiligung. Dabei muss die Politik in Bund, Ländern und Kommunen aber auch mitziehen“, forderte der dbb jugend Vorsitzende.

dbb frauen

Parität in der Politik stärkt Demokratie**Eine bessere Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen hat die Vorsitzende der dbb frauen, Milanie Kreutz, zum Internationalen Tag der Demokratie angemahnt.**

„Das politische Geschäft wird nach wie vor vorrangig von Männern geprägt. In der deutschen Geschichte gab es bis heute noch kein Parlament, in dem Frauen und Männer auch nur annähernd zu gleichen Teilen repräsentiert waren. Das widerspricht dem demokratischen Grundgedanken des Parlaments als Spiegel der Gesellschaft“, kritisierte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Milanie Kreutz am 15. September 2022, dem Internationalen Tag der Demokratie.

Die anstehende Wahlrechtsreform müsste dazu genutzt werden, Parität im Parlament herzustellen. „In ihrem Zwischenbericht zur Wahlrechtsreform hatte die Bundestagskommission konstruktive Vorschläge zur Veränderung des Wahlrechts, wie etwa die Einführung zwingender Paritätsregelungen oder mögliche rechtliche Eingriffe in die Satzungsautonomie der Parteien mit Blick auf Kandidierendenlisten, kontrovers diskutiert. Dass sich der Bundestag mit dem Thema befasst, ist ein guter Anfang. Die Umsetzung der gleichberechtigten politischen Teilhabe im Bundestag und darüber hinaus ist der zwingende nächste Schritt“, so Kreutz.

Insbesondere die Parteien sieht Kreutz in der Pflicht, sich für eine paritätische Beteiligung von Frauen an parteipolitischen Ämtern einzusetzen. Dass nun auch die CDU den Weg für eine Frauenquote freigemacht habe, begrüßte Kreutz als bedeutsames Signal: „Zunächst ist es wichtig, dass alle politischen Parteien mit demokratischem Anspruch anerkennen, dass Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind und damit auch in ihrer Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen benachteiligt sind. Jetzt müssen die Hürden abgebaut werden, die Frauen daran hindern, sich für ein politisches Amt anzubieten“, verdeutlichte Kreutz. Die Frauenquote sei dabei nur ein Werkzeug von vielen. Strukturell müssten Parteien das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder umgestalten, damit es vereinbar mit anderen Lebensbereichen wie Familie und Erwerbstätigkeit ist. Vor allem aber müssten Frauen gezielt adressiert werden: „Den Parteien muss es gelingen, Frauen zu vermitteln: ‚Jedes Thema ist ein Frauenthema! Mach bei uns mit, dann hast du es selbst in der Hand‘“, so Kreutz.

dbb senioren

Mobilität und Teilhabe bundesweit sicherstellen**Mobilität, Teilhabe und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Seniorinnen und Senioren müssen bei Entwicklungsprojekten bundesweit mitgedacht werden.**

Darüber haben sich der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing, die stellvertretende Vorsitzende Anke Schwitzer und Petra Nicolaisen (MdB, CDU/CSU) am 7. September 2022 bei einem Gespräch im Paul-Löbe-Haus in Berlin ausgetauscht.

Klitzing und Schwitzer kritisierten unter anderem, dass viele für Seniorinnen und Senioren relevante Themen wie Pflege, Mobilität im ländlichen Raum und digitale Teilhabe derzeit zu Opfern der Krisenpolitik zu werden drohen.

Auch bei barrierefreier Mobilität und im sozialen Wohnungsbau blieben die bisher erreichten Ziele hinter den Erwartungen zurück.

Petra Nicolaisen, die Mitglied der Ausschüsse für Inneres und Heimat, für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages ist, stimmte zu, dass Barrierefreiheit eigentlich zur Grundversorgung im öffentlichen Raum gehören sollte. „Wir müssen bei diesen Themen immer wieder die Finger in die Wunde legen. Bund und Länder sind gemeinsam in der Pflicht, in

allen Bereichen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen“, so Nicolaisen.

Anke Schwitzer thematisierte auch mögliche Nachfolgelösungen für das 9-Euro-Ticket und favorisierte ein flexibles Ticketmodell, das es zum Beispiel ermöglicht, neben dem bundesweit gültigen Fahrschein auch ein Regio-Ticket zum günstigen Preis zu erwerben: „Viele Ältere sind vornehmlich in ihrer Heimatregion unterwegs und würden von einem bundesweiten Ticket nicht wirklich profitieren.“

Für Horst Günther Klitzing standen die schleppe Digitalisierung und der ebenfalls lahme soziale Wohnungsbau im Fokus. Hier müsse nicht nur die Schlagzahl erhöht, sondern digitale Infrastruktur und Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht werden, was nicht bei allen bereits abgeschlossenen sozialen Wohnungsbauprojekten der Fall sei. „Barrierefreiheit und die flächendeckende Verfügbarkeit digitaler Dienste sind Investitionen, die letztlich allen Menschen zu Gute kommen“, waren sich die Gesprächspartner einig.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bundesländer

Entlastungspaket: Weitere Länder planen Übernahme in der Versorgung

Der Bund will seinen Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die Energiepreispauschale von 300 Euro zahlen, die im jüngsten Entlastungspaket für Rentnerinnen und Rentner vorgesehen sind. Die Länder sollen dem Beispiel folgend.

Das fordert nicht nur dbb Chef Ulrich Silberbach (siehe „dbb aktuell“), sondern auch die Vorsitzenden der dbb Landesbünde (vgl. dbb aktuell 30/2022). Nun haben drei weitere Landesregierungen ihre Bereitschaft zur Umsetzung erklärt.

So kündigte am 7. September 2022 der Bayerische Finanzminister Albert Füracker an die Pauschale an die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Freistaates zahlen zu wollen. „Das ist ein wichtiges Signal an die Beschäftigten, auch die künftiger Generationen“, lobte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB). die Entscheidung. „Es wird immer wichtiger, sich als zuverlässiger Arbeitgeber und Dienstherr zu zeigen. Bayern ist auf dem richtigen Weg.“

In Hamburg sollen Pensionärinnen und Pensionäre die „Energiepauschale“ ebenfalls erhalten. Dies wurde auch auf Nachfrage von Abgeordneten in einer Sitzung des Unterausschusses „Öffentlicher Dienst/Personalwirtschaft“ der

Hamburgischen Bürgerschaft vom Chef der Senatskanzlei bestätigt. Die notwendige gesetzliche Umsetzung soll bald erfolgen, um den vorgesehenen Auszahlungstermin zum 1. Dezember 2022 einhalten zu können. Man verkenne dabei nicht, teilte der dbb hamburg mit, dass es dafür eines ganz erheblichen und auch kurzfristigen Arbeitsaufwandes insbesondere des Personalamtes bedürfe.

Auch der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers hat in einem persönlichen Gespräch gegenüber dem 1. Landesvorsitzenden des NBB Alexander Zimbehl signalisiert, diese Einmalzahlung zu gleichen Konditionen auch für die Pensionärinnen und Pensionäre des Landes umsetzen zu wollen. Allerdings machte er deutlich, dass aus seiner Sicht zunächst der Bund in der Pflicht sei, die Voraussetzungen zur Finanzierung zu realisieren. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten umgehend geklärt werden.

Brandenburg

Kritik an geplanter Anpassung der Besoldung und Versorgung

Der dbb brandenburg ist mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer Besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2022 in der vorgelegten Form nicht einverstanden.

Entgegen der ausdrücklichen Empfehlung des dbb brandenburg wird die Erhöhung der Familienzuschläge für Beamtinnen und Beamte mit kindergeldberechtigten Kindern erst zum 1. Dezember 2022 wirksam.

Dazu der dbb Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck: „Dieser Gesetzentwurf wirft uns im Verhältnis zwischen den Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes und der Landesregierung um Jahre zurück. Wertschätzung sieht wirklich anders aus. Uns ist bewusst, dass die öffentlichen Kassen leer sind und die Pandemie und der Krieg in der Ukraine uns vor ganz neue Herausforderungen stellt. Trotzdem ist der öffentliche Dienst nicht das Sparschwein der Landesregierung, die meint, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach jeweiliger Kassenlage umsetzen zu können. Wir stehen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb mit unseren benachbarten Bundesländern. Dort scheint ein

größeres Interesse zu bestehen, einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu behalten. Fragen sie doch einmal eine Beamtin oder einen Beamten, die/der trotz ihrer/seiner drei kindergeldberechtigten Kinder in der Pandemie ihren/seinen Dienst beanstandungsfrei versehen hat, was sie/er davon hält, dass die Kollegin/der Kollege in Berlin, Sachsen-Anhalt oder Thüringen den höheren Familienzuschlag fast zwei Jahre früher ausgezahlt erhält. Wie das Land Brandenburg so dafür sorgen will, dass der Nachwuchs im öffentlichen Dienst sich für uns entscheidet, vermag ich nicht nachzuvollziehen.“

Baden-Württemberg

Kritik am „Hamburger Modell“, Lob für Stellenaufbau

Die Landesregierung hält an der Einführung einer pauschalen Beihilfe („Hamburger Modell“) fest. Der BBW kritisiert das Projekt weiterhin scharf. Lob gibt es vom dbb Landesbund hingegen für die Schaffung von 1.700 neuen Stellen.

Mit dem Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe, das jetzt auf den Weg gebracht wird, soll Beamtinnen und Beamten künftig neben dem bewährten System aus Eigenfürsorge und Beihilfe die Möglichkeit einer pauschalen Beihilfe in Form eines Zuschusses des Dienstherrn zu den Beiträgen einer freiwilligen gesetzlichen oder privaten Krankheitskostenvollversicherung eröffnet werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Beamtinnen und Beamte, die sich für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden, nicht mehr länger den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil bezahlen müssen.

Der BBW lehnt das Vorhaben rundweg ab und hat dafür einen Katalog guter Gründe. Ein gewichtiger: Die erheblichen Kosten für eine Maßnahme, die nur wenigen nutzt. Das Land rechnet nämlich durch die Einführung der pauschalen Beihilfe mit Mehrausgaben von 13,8 Millionen Euro im ersten Jahr, die sich voraus-

sichtlich jährlich um drei Millionen Euro erhöhen. „Überrascht bin ich nicht, aber verwundert und einmal mehr von politischem Handeln enttäuscht“, hatte BBW-Chef Kai Rosenberger das Vorhaben kommentiert. Es sei schwer nachvollziehbar, dass man trotz angespannter Haushaltslage den Appell des Rechnungshofs negiere, Notwendiges von Wünschenswertem zu trennen – und eine ideologisch gefärbte Maßnahme durchziehe, die nur wenigen nutze, aber viel koste. „Wir sprechen hier von 2,8 Milliarden Euro bis 2060“, sagt Rosenberger und wies darauf hin, dass von den 13,8 Millionen Euro an Mehrausgaben im Jahr 2023 derzeit gerade einmal 0,8 Prozent der Beamtinnen und Beamten im Land profitieren würden.

Die Schaffung von 1.700 neuen Stellen im operativen Bereich des öffentlichen Dienstes, auf die sich die Spitzen der Koalition im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 verständigt haben, begrüßte der

BBW hingegen. Damit reagiere die Landesregierung auf den stetigen Zuwachs an Aufgaben in den zurückliegenden Jahren, lobt dbb Landeschef Rosenberger. Für den BBW stehe außer Frage, dass die neuen Stellen im operativen Bereich dringend gebraucht werden. Die 500 neuen Lehrkräftestellen seien ein Schritt in die richtige Richtung, um etwa die Beschulung Niedersachsen

geflüchteter Kinder aus der Ukraine sicherzustellen. Dringend notwendig seien auch die mehr als 400 Stellen für die Justizverwaltung und die 300 Stellen für die Polizei. In diesen Bereichen bestehe seit langem großer Nachholbedarf, unterstrich Rosenberger.

Niedersachsen

Klimabewusste Mobilität in der Landesverwaltung gefordert

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) hat die Landesregierung aufgefordert, ihre Anstrengungen zum Erreichen einer klimaneutralen Landesverwaltung deutlich zu intensivieren und bestehende bürokratische Hürden abzubauen.

So erfolge der Ausbau einer flächendeckenden E-Ladesäuleninfrastruktur auf landeseigenen Flächen derzeit mehr als schleppend und in weiten Teilen des Landes nahezu überhaupt nicht. „Es stellt sich aus unserer Sicht die Frage, wie man unsere Beschäftigten zur Anschaffung eines Elektrofahrzeuges animieren soll, wenn kaum Möglichkeiten bestehen diese Fahrzeuge auf landeseigenen Parkflächen zu laden“, so Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB. „Dabei geht es nicht einmal um die Möglichkeit des kostenneutralen Ladens, sondern bereits um die technischen Voraussetzungen, die auf kaum einer landeseigenen Parkfläche gegeben ist.“

Aus diesem Grunde schlägt der NBB vor, durch eine gezielte Landesförderung den bestehenden Wirtschaftlichkeitshindernissen entgegen zu treten. Hinzu komme, dass durch die per Erlass geregelte Verpflichtung eine Miete oder Pacht zu erheben, viele Betreiber von E-Ladestationen von einer Errichtung auf landeseigenen Flächen absehen. „Dieser Erlass muss dringend angepasst werden“, so Zimbehl. „Wir erwarten von dieser und der kommenden Landesregierung ein klares Bekenntnis zu einer Förderung des Baus von Ladesäulen auf landeseigenen Flächen. Dies erfolgt auch vor dem Hintergrund, weitere Anreize für

unsere Beschäftigten zu bieten. Andere Unternehmen der freien Wirtschaft zeigen uns hier die richtigen Wege und investieren auch im Interesse ihrer eigenen Beschäftigten in ein zukunftsweisendes Ladenetz.“

Eine weitere Möglichkeit des zusätzlichen Anreizes besteht für den NBB in einer Anhebung des Vorschusses für den Kauf eines Elektrofahrzeuges von 7.500 Euro auf mindestens 12.500 Euro. Während die Landesregierung weiterhin die Forderungen nach einer Anhebung der Wegstreckenentschädigung für die Nutzung des privaten PKW zur Durchführung dienstlicher Termine ignoriert und sich der dringend erforderlichen Anpassung verschließt, wäre hier zudem die Möglichkeit, die Beschäftigten der niedersächsischen Landesverwaltung wenigstens bei der Beschaffung eines Elektrofahrzeuges kostenneutral zu unterstützen. „Wir brauchen umgehend eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung, wie sie der NBB bereits seit über einem Jahr fordert“, sagte der dbb Landeschef. „Gleichzeitig vermissen wir den klaren Willen der Landesregierung unsere Beschäftigten zu unterstützen, in Ermangelung von geeigneten Dienstkraftfahrzeugen ihre dienstlichen Wege möglichst klimaneutral vornehmen zu können.“

Namen und Nachrichten

Wie auch in den vergangenen Jahren stellt der **tbb** seinen Mitgliedsgewerkschaften und deren Mitgliedern entsprechende) zur Amtsangemessene Alimentation zur Verfügung. Dadurch

wird es den Betroffenen wieder ermöglicht, eigenständig ihre Rechte bei ihren Dienstherrn noch im laufenden Haushaltsjahr 2022 geltend zu machen. Eine Rechtsschutzgewährung

durch den tbb/dbb ist angesichts der Anzahl der Fälle jedoch erneut nicht möglich.

Der Bundesvorsitzende des **Verbandes Bildung und Erziehung** (VBE), Udo Beckmann, hat am 9. September 2022 die Veröffentlichung der Vorausberechnung seitens der Kultusministerkonferenz (KMK) kommentiert: „Mit der neuen Prognose bestätigt die KMK die Berechnungsgrundlage, auf der Professor Klaus Klemm im Auftrag des VBE, bereits im Frühjahr den zu erwartenden Lehrkräftemangel für das Jahr 2035 berechnet hat. Demnach werden dem Bildungssystem im Jahr 2035 knapp 160.000 Lehrkräfte fehlen, wenn die bereits beschlossenen pädagogischen Reformmaßnahmen Ganztags, Inklusion und Unterstützung von Kindern in herausfordernden sozialen Lagen umgesetzt werden. Die bereits zu Beginn dieses Schuljahres sichtbare personelle Unterversorgung der Schulen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß und der durch die KMK bestätigte Schüler:innenzuwachs zeigt den Ernst der Lage und dass die Zeit des Schönrechnens nun endgültig vorbei ist. Die Politik ist jetzt in der Pflicht, schnellstmöglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die erwartbare Lücke zu schließen. Hierzu gehören u. a. langfristige Maßnahmen, wie eine bundesweite Fachkräfteoffensive bei gleichzeitiger Erhöhung der Studienkapazitäten und Verbesserung der Studienbedingungen zur Reduzierung

der Abbruchquoten. Ebenso muss eine kurzfristige Entlastung der im System befindlichen Lehrkräfte, beispielsweise durch den Einsatz multiprofessioneller Teams erfolgen. Andernfalls wird aus dem angekündigten Jahrzehnt der Bildungschancen ein Jahrzehnt der Notversorgung.“

Zum Beginn des neuen Schul- und Ausbildungsjahres skizzieren die beiden Bundesvorsitzenden des **Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung** (BvLB) Pankraz Männlein und Sven Mohr die aktuellen Herausforderungen der beruflichen Bildung, die von dem Management der Coronapandemie bis hin zur Digitalisierung reichen. Dabei gehen sie vom Bildungsauftrag der beruflichen Schulen aus, der darin besteht, „mit den beruflichen Bildungsgängen die Potentiale der jungen Menschen zu erschließen und sie bestmöglich für ihren beruflichen und privaten Lebensweg vorzubereiten“. Um dieses Ziel zukünftig verlässlich zu erreichen, müsse eine Vielzahl wichtiger Bedingungen erfüllt sein. Dazu zählen sie unter anderem ein flexibles Pandemiemanagement, eine ordentliche Personalausstattung, den Einsatz multiprofessioneller Teams, eine Entlastung der Lehrkräfte sowie grundsätzlich eine strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Termine:

11. Oktober 2022

Forderungsfindung zur Einkommensrunde bei Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen

27. - 30. November 2022, Berlin
dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.